

Basta!

Nr. 3 / August 2008

Basels starke Alternative

Wie wir Basel verändern wollen Wahlen 2008

Basta!, Grüne und das junge grüne Bündnis (jgb) treten mit einer gemeinsamen Liste zu den Grossratswahlen Mitte September an. Das Grüne Bündnis stellt vier Forderungen ins Zentrum seiner Kampagne: 100% saubere Energie, 100 Millionen jährlich für den öffentlichen Verkehr, 0% Ausgrenzung und Mut zur Stadtgestaltung. Der folgende Text, der auch in unserer Wahlzeitung erscheinen wird, erläutert diese inhaltlichen Schwerpunkte.



Das Grüne Bündnis steht ein für eine ökologisch verträgliche und sozial gerechte Welt. Wir handeln lokal, aber übernehmen global Verantwortung. Unsere Politik orientiert sich am Ziel, ökologische, soziale und wirtschaftliche Anliegen in Übereinstimmung zu bringen. Solidarität ist für uns kein Schlagwort, sondern im Alltag wichtig.

Klimawandel und teure Energie dürfen nicht zu Armut führen. Basel hat sich in den letzten Jahren rasch verändert. Die Stadt und ihre Menschen sind internationaler geworden. Rot-Grün ist eine Chance für Basel. Wir, das Grüne Bündnis, haben in den letzten Jahren Impulse gesetzt. Aber wir können nicht zufrieden sein: der Klimawandel geht weiter, die Energiethemen werden drängender und die Gefahr besteht, dass die Umweltprobleme sich so verschärfen, dass sozial Benachteiligte besonders leiden.

Wir wollen 100% saubere Energie. Basel muss seine Vorreiterrolle in der Energiepolitik zurückgewinnen. Dank der Anti-AKW-Bewegung hat Basel auf Atom-

Fortsetzung Seite 2

Multitionen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Wahlkarussell

Da der Grosse Rat von 130 auf 100 Mitglieder verkleinert wird, ist bei den kommenden Wahlen vieles offen. Wenn es dem Grünen Bündnis nicht gelingt, rund 2% zuzulegen, könnten auch Sitze von Bisherigen wackeln - und das wäre schade. Denn wie die folgenden Seiten zeigen, brauchen sich unsere Grossrätinnen und Grossräte nicht zu verstecken.

Die Redaktion des Basta!-Bulletins hat alle unsere Grossrätinnen und Grossräte, die sich wieder zur Wahl stellen, gebeten, kurz und prägnant darzustellen, wofür sie einstehen, warum man sie wieder wählen soll. Wie sie das machen, überliessen wir der Phantasie der Kandidierenden. Einige wählten die Form des Selbstportraits, andere suchten eine aussenstehende Person, die sie portraitiert, wieder andere sassen zusammen und zeichneten ein Gespräch auf. Herausgekommen sind sehr unterschiedliche Beiträge, alle auf ihre Art spannend, spiegeln sie doch die unterschiedlichen Charaktere und politischen Schwerpunkte unserer Grossrätinnen und Grossräte wider.

Die politische Arbeit der beiden, die nicht mehr zur Wahl antreten - Annemarie Pfister und Rolf Häring - werden wir in einer der nächsten Nummern würdigen. Beide sind ja noch bis Februar 2009 im Amt.

Das Wahlkarussell kommt in Fahrt. Steigen Sie auf und drehen Sie eine Runde mit unseren Grossrätinnen und Grossräten! Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen.

Die Redaktion

Brigitta Gerber über Brigitta Gerber

Liebe BastArdinnen und BastArden,
liebe alle!

Nachdem ich die Ehre hatte, als Bernerin das höchste Basler Amt zu repräsentieren, freue ich mich wieder auf Inhalte, auf aktive Politik! Neben Genderfragen und Partizipation engagiere ich mich vor allem in zwei Bereichen: den Menschenrechten und für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung.

Am 8. März 2007 luden wir vier Präsidentinnen des Kantons und der Bürgergemeinde unter dem Motto „Die Frau gehört ins Haus – ins Gemeindehaus, ins Rathaus und ins Regierungshaus“ zu einem Abend im Grossen Rat ein. Der Saal war zum Bersten voll, die Stimmung grossartig. Auch nach der Reduktion der GR-Sitze darf der Genderaspekt nicht aus den Augen verloren gehen.

Schon bei meiner Antrittsrede habe ich die mir äusserst wichtigen Probleme der demokratischen Partizipation angesprochen: Immer weniger Bewohnerinnen und Bewohner sind stimm- und wahlberechtigt

- in Basel haben zur Zeit nur 69% der EinwohnerInnen einen Schweizerpass. Immer mehr ältere Menschen bestimmen über das Schicksal der Jüngeren. Es ist wichtig, dass *alle* Bewohnerinnen und Bewohner wirklich partizipieren – aktiv am politischen und gesellschaftlichen Geschehen teilhaben, denn andere können nicht für sie sprechen.

Mit dem Ende des Präsidentschaftsjahres freue ich mich, nun wieder mit Vorstössen politisch aktiv zu sein. Zu meinen aktuellen Vorstößen gehört im Bereich Stadtentwicklung die erfolgreiche Kritik am Verkauf der Hünigerstrasse an Novartis, Fragen nach der Zwischennutzung des nt-Areals oder eine Motion zur Stärkung der Genossenschaften.

Im menschenrechtlichen Bereich engagiere ich mich im Vorstand des SAH und als Co-Präsidentin von terre des hommes schweiz, auf parlamentarischer Ebene und besonders in der Justiz- und Sicherheitskommission spezifisch gegen Wegweisungsgesetze für Jugendliche oder polizeiliche Repressionen gegen Asylsuchende.

Ich freue mich, besonders in den Bereichen Gender, soziale Stadtentwicklung und Menschenrechte im Grossen Rat weiterhin aktiv zu sein.

Brigitta Gerber



Brigitta Gerber, Dr. phil.I., Jahrgang 1964, war in der Amtsperiode 2007/2008 Grossratspräsidentin. Sie ist Migrationsexpertin und hat einen Lehrauftrag an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Brigitta kandidiert im Wahlkreis Grossbasel West.

Wie wir Basel verändern wollen (Fortsetzung)

strom verzichtet und die tiefsten Strompreise in der Schweiz. Wir wollen jetzt eine 100% saubere Stromversorgung, ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen. Wegen des teuren Erdöls boomen die erneuerbaren Energien. Basel und die IWB müssen sich daran beteiligen. Wir wollen keinen Strom unbekannter Herkunft mehr in unseren Leitungen. Aber genauso wichtig ist eine Politik weg vom Erdöl. Der Ersatz fossiler Energie ist die Herkulesaufgabe für die nächsten Jahrzehnte. Basel muss unter Federführung des Kantons zur klimafreundlichen Stadt werden. Eine 2000 Wattgesellschaft erfordert die forcierte Sanierung von Altbauten und eine ausschliesslich auf modernsten Energiestandards beruhende Neubaupolitik. Dafür sind entsprechende Fördermittel bereitzustellen.

Jährlich 100 Millionen für den öffentlichen Verkehr. In der Verkehrspolitik braucht es in Basel eine Trendwende, nicht zuletzt aus Klimagründen. Mit dem Bau der Nordtangente hatte der Strassen-

bau für Jahrzehnte Priorität und kostete 2'000 Millionen. Wir wollen jetzt den Vollausbau des seit 40 Jahren unveränderten Tramnetzes über die Grenzen der Stadt hinaus. Das Hochleistungsstrassenetz gehört im Bestand eingefroren. Die Fläche der bestehenden Stadtstrassen soll zugunsten des Langsamverkehrs allmählich reduziert werden. Riesige Defizite bestehen bei der Regio-S-Bahn. Diese sollte die Städte Basel, Mulhouse und Freiburg im 15-Minuten-Takt verbinden. Basel Nord muss an das S-Bahn-Netz angebunden werden. Um dies alles zu realisieren, sind die Investitionen in den öffentlichen Verkehr deutlich zu erhöhen. Jährlich 100 Millionen über die nächsten Jahre sind anzupfeilen.

Mut zur Stadtentwicklung. Bei der Siedlungspolitik braucht es Mut und Weitblick. Die Entwicklung in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Bildung und Wirtschaft betrifft nicht Basel allein, sondern die ganze Agglomeration. Basel muss sich als Zentrum einer trinationalen Metropolitanregion positionieren. Im bestehenden Siedlungsraum muss das Potential zur Verdichtung ausgeschöpft werden. Es braucht für alle Bevölkerungsschichten attraktiven, bezahlbaren Wohnraum mit genügend Frei- und Grünflächen. Auf dafür geeigneten Arealen wollen wir innovativen Städte-

bau. Vor den Toren der Stadt soll ein trinationaler Landschaftspark entstehen. Basel hat ein deutliches Defizit an kreativer, urbaner Kultur. Im speziellen die Jugend braucht belebte, öffentliche Frei- und Experimentierräume.

Null % Ausgrenzung. Wir wollen nicht, dass im reichen Basel Menschen in Armut leben müssen oder Menschen ausgegrenzt werden, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben oder aus einer andern Kultur stammen. Kinder dürfen für junge Paare oder Alleinerziehende nicht zum Armutrisiko werden. Mit Besorgnis stellen wir fest, dass der massive Preisanstieg bei Lebensmitteln und Heizöl der letzten Monate gerade Personen mit geringem Einkommen am härtesten trifft. Die sozialen Einrichtungen müssen den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Schon lange fordern wir kantonale Ergänzungsleistungen für Familien mit Kindern. Bei der Sozialhilfe ist eine Erhöhung des Grundbedarfs dringend. Die Kluft zwischen Arm und Reich darf sich nicht weiter öffnen. Gerechtigkeit ist ein Leitgedanke unserer Politik. Deshalb fordern wir das Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten. Basel hat eine soziale Tradition, an die wir anknüpfen und für die wir Verantwortung übernehmen.

René Reinhard über Urs Müller

Wahrgenommen habe ich ihn erstmals im BastA!-Büro. Ich kam eines Morgens rein und da sass er und redete mit dem Sekretär.

Tage später fragte ich Martin, wer das gewesen sei.

«Urs Müller»

«BastA!-Mitglied?»

«Ja, und Grossrat.»

Ich erfuhr auch noch, dass Urs Müller eine Ausbildung als Sozialarbeiter habe, später Leiter der Basler Jugendfürsorge gewesen und jetzt freischaffend sei.

Shit!

Fürsorge, für wen auch immer, der Begriff verschleiert mehr, als dass er reales Leben aufzeigt. Fürsorge war, und ist für mich immer noch, mit Macht, mit Zwang, kurz, mit struktureller Gewalt verbunden. Dies mein Fazit nach 60 Jahren Erfahrung mit, unter welchem Begriff auch immer agierenden, Überwachungs- und Bestrafungsgehilfen.

Ich dachte bloss: Vergiss diesen Mann.

Es wäre mir beinahe geglückt.

Doch er nervte: Urs Müller hier, Urs Müller da. Abgelichtet auf linken wie rechten Zeitungsseiten, mal mit, mal ohne Transparent, mal mit, mal ohne roten Sakko.

Bis ich eines Tages unseren Sekretär fragte: «Sag' mal, sehe ich das richtig, der Typ geht nun wirklich an die letzte Hundsverlochete.» Martin schwieg.

Und ich gewöhnte mich an die Rundum-

präsenz des Grossrates und konnte so seine Parlamentsarbeit unbefangener und sachlicher verfolgen.

Etwa sein Engagement gegen jegliche Art von Sozial- oder Lohnabbau oder seine aktive Rolle im Referendumskomitee gegen die Kürzung der kantonalen Beihilfen, seine Interpellation betreffend Kürzungen bei der Sozialhilfe, wie auch seine Vermittlungsbemühungen bei Hausbesetzungen und seine Solidarität mit dieser, aber auch



Urs Müller-Walz, Jahrgang 1950, ist Präsident des vpod und der Schulinspektion des Gymnasiums Bäumlhof. Ausserdem ist er in der Gesellschaft zum Bären und im Verein Matthäusplatz - Unser Platz engagiert. Urs kandidiert im Wahlkreis Kleinbasel.

mit anderen «Szenen».

Z.B. mit den Mitarbeitenden der Geschirrwaschzentrale im Unispital, den so genannten Küchenhilfen, sowie mit den BVB-Drämmli-Führerinnen und -Führern.

Ich könnte hier noch zig Vorstösse, vor allem im Sozialbereich, von Urs Müller anführen. Doch stattdessen berichte ich besser von einem Vorfall im Oktober 2007.

Damals hiess es in einer Meldung der Basler Zeitung, Helmuth Hubacher sei vom Kurs der Gewerkschaft VPOD enttäuscht und beabsichtige, aus ihr auszutreten. Doch er sei nicht der einzige Sozialdemokrat, der dem VPOD den Rücken gekehrt habe. «Laut Recherchen der baz hat unter anderem auch Ex-SP-Präsident Daniel Goeppfert diesen Schritt vollzogen. Der Grund: Im Zusammenhang mit der Auslagerung der BVB habe er in der Grossratskommission die Positionen des VPOD vertreten und auch durchgesetzt. Trotzdem habe der Verband danach das Referendum ergriffen.»

Die Kritik zielte auf Urs Müller, den aktuellen VPOD-Präsidenten.

Urs wehrte sich, indem er feststellte: «Zwischen den Bedürfnissen der Basis und der sogenannten Classe politique besteht seit je eine gewisse Diskrepanz. Was der betroffene Angestellte möchte, deckt sich nicht immer mit den Forderungen der Politiker.» Er selbst suche darum immer wieder den Kontakt zu den Angestellten, um deren Puls zu fühlen.

Ich denke, dass diese Antwort, wie eine Art Röntgenbild, deutlich Urs Müllers politisches Denken und Handeln widerspiegelt.

René Reinhard

Beatrice Alder über Beatrice Alder

Was meine Umwelt an mir mag, sind mein klarer Kopf und dass Herz, Augen und Ohren offen für alle und alles sind.

Was die anderen nicht immer so mögen, sind meine Ungeduld und meine Direktheit.

Warum ich gerne im Grossen Rat weiterarbeiten würde

Ich bin politisch aktiviert worden durch das Wahrnehmen der durch den Zufall der Geburt ausgelösten Ungerechtigkeiten zwischen den Menschen und durch das Erleben der individuellen Hilflosigkeit im Kampf um die Erhaltung der Natur in der Stadt.

Die Motivation, etwas dagegen zu tun, ist stark wie eh und je, und je länger ich „dabei“ bin, desto geschickter kann ich auf der politischen Klaviatur für die Ziele von BastA! spielen und als Seniorin mit dazu beitragen, das Gestern mit dem Morgen zu verbinden.

Ich weiss, „Ich bin von Annodazumal“

So sagt ein Gedicht.

Bezogen auf die Jahreszahl,

hat das ja nicht so viel Gewicht.

Auch wenn Mey singt

„Was gibts Schöneres auf Erden, als Politiker zu werden“,

gibt's der schönsten Nebensachen viele, und alle haben ihre eigenen Ziele.

Ich bitt' Euch jetzt um Eure Stimmen, denn gemeinsam können wir gewinnen.

Beatrice Alder



Beatrice Alder, Jahrgang 1940, ist Buchhändlerin (Das Labyrinth) und Co-Präsidentin Frauenrechte Basel-Stadt. Die mehrfache Mutter und Grossmutter kandidiert im Wahlkreis Gossbasel West.

3 Frauen im Gespräch

Am einem Nachmittag im Juni trafen sich die 3 Grossrätinnen Sibel Arslan, Patrizia Bernasconi und Heidi Mück im Restaurant Parterre und befragten sich gegenseitig über die Gründe, warum sie sich nochmals zur Wahl stellen. Das Gespräch war lebhaft und streifte viele Themen. Hier die stark gekürzte Version.

Heidi: Patrizia, warum stellst du dich wieder zur Wahl?

Patrizia: In erster Linie, weil im Grossen Rat die Anliegen der MieterInnen wenig bis gar nicht vertreten sind. Man darf nicht vergessen, dass 80% der BewohnerInnen von Basel MieterInnen sind. Dann gibt es andere Themen, die mich sehr beschäftigen, das sind Verkehrsfragen, ÖV, Velo und Stadtplanung. Bei letzterem ist mir sehr wichtig, dass diese nicht über den Köpfen der Leute in den Quartieren stattfindet.

Sibel: Sehr viele Menschen leben in Mietverhältnissen und sie wissen nicht, was für Rechte und Möglichkeiten sie haben. Deswegen ist das ein ganz wichtiger Bereich, und es ist eine Stärke von uns, dass wir jemanden haben, der hier aktiv ist.

P: Sibel, warum willst du wieder kandidieren?

S: Ich kann eine motivierende Rolle bei den MigrantInnen spielen. Ich vertrete ihre Interessen, weil ich selber eine von ihnen bin, und ich mache das mit Überzeugung. Ich habe Migration selber erlebt und viel gelernt, deshalb setze ich mich umso mehr für MigrantInnen ein.

H: Du hast im Zusammenhang mit einem Vorstoss zu verschärften Einbürgerungskriterien eine charmante Aktion gemacht. Du hast einem SVP-Grossrat die Bundesverfassung geschenkt.

S: Ja, und ein weiterer SVP-Grossrat hat das als Vorbild genommen und einem CVP-Grossrat sein Parteiprogramm geschenkt. Ich finde es gut, wenn ich sogar

der SVP als Vorbild dienen kann. (Gelächter)

S: Heidi, du kandidierst auch wieder – zum Glück – warum?

H: Schulpolitik, Bildungspolitik, das ist mein Thema, dort habe ich mich seit langen Jahren eingearbeitet und bin sattelfest.

S: Du fällst auf, weil du das ED kritisch und genau unter die Lupe nimmst. Zum Beispiel die Leserbriefaktion des ED beim Referendum gegen teilautonome Schulen. Was hat das für dich bedeutet?

H: Es war ein Triumph, dass dies so gut aufgenommen worden ist und dass ich beweisen konnte, dass hier einiges falsch läuft. In diesem Fall hat sich der gesamte Regierungsrat damit auseinandergesetzt.

S: Du hast während der ganzen Zeit seit ich dabei bin, ähnliche Anliegen mit Überzeugung vertreten.



Patrizia Bernasconi, lic. phil. I, Jahrgang 1966, ist Geschäftsleiterin des MieterInnen- und Mieterverbands Basel-Stadt und im Vorstand des VCS Schweiz. Sie kandidiert im Wahlkreis Grossbasel Ost.



Sibel Arslan, Jahrgang 1980, ist Jus-Studentin und Co-Präsidentin sowohl von Second@s Plus Basel wie vom Verein Städtepartnerschaft Basel-Van. Sie kandidiert im Wahlkreis Grossbasel West.

P: Ich glaube, man kann von Heidi sagen, dass sie ganz genau weiss, wovon sie redet, das ist wichtig für ihre Glaubwürdigkeit, aber auch für die Fraktion.

H: Das kann man von uns allen drei sagen. Bei dir, Patrizia, sehe ich immer eine klare Linie, auch bei anderen Themen wie z. B. bei der Bildungs- oder Sozialpolitik, und das schätze ich an dir. Auch Sibel vertritt ihre jugend- und kulturpolitischen Forderungen mit grosser Kompetenz.

S: Mir ist neben der Kultur auch die Bildung ein wichtiges Anliegen. Ich setze mich dafür ein, dass alle Jugendlichen in unserem Kanton eine gute Ausbildung machen können.

Von dir, Patrizia, weiss ich, dass du dich auch im sozialen Bereich engagierst.

P: Für mich ist Wohnpolitik auch ein grosses Stück Sozialpolitik. Man kann nicht von Wohnbauförderung sprechen, ohne sich über den Preis von Wohnen Gedanken zu machen. Wenn man bedenkt, dass die Mietpreise stärker steigen als die Teuerung, die Löhne aber nicht, dann werden die Mietzinsen zu einem erheblichen sozialen Risikofaktor. Hinzu kommt unsere Forderung nach energieeffizienten Sanierungen. Für mich ist es aber unandringbar, dass Fördergelder, die dafür gesprochen werden müssen, ganz gezielt dafür gebraucht werden müssen, dass Wohnraum nicht verteuert wird. Ein ökologisches Leben und ein würdiges Wohnen sollen nicht zu einem Luxus werden. Dafür setze ich mich ein. Weitere Themen, die mich bewegen, sind die Menschenrechte.

S: Menschenrechte und Menschenwürde sind wichtige Themen für mich. Für mich ist sehr positiv, dass ich als junge Frau schon in die Politik einsteigen kann, weil ich durch Gespräche und durch euer politisches Engagement lernen kann. Ohne diese Diskussionsmöglichkeiten hätte ich zum Beispiel beim Wegweisungsartikel, den wir im Moment in der Kommission (JSSK) behandeln, keine konstruktive Kritik anbringen können. Es ist wichtig, dass wir von BastA! diejenigen sind, die das Ganze hinterfragen. Wir stellen genau die richtigen Fragen und machen keine Scheinpolitik.

P: Du hast von den Wegweisungen geredet, ich finde, das ist ein wichtiger Punkt. Das Recht auf den öffentlichen Raum wird eingeschränkt (jetzt fliegt gerade ein Militärhelikopter über unseren Köpfen!), das



Heidi Mück, Jahrgang 1964, ist vpod-Sekretärin, Präsidentin des Quartiertreff Kleinhüningen und bei der Anlaufstelle Sans-Papiers aktiv. Sie kandidiert im Wahlkreis Kleinbasel.

ist ein Thema, das uns alle beschäftigt, aber vor allem auch Heidi, mit ihrem Engagement für Sans-Papiers.

H: Sans-Papiers sind Leute, die am untersten Ende unserer Gesellschaft sind. Alle wissen, dass sie hier sind, weil sie gebraucht werden, denn die Arbeit, die sie leisten, macht sonst niemand. Aber sie werden schlecht gestellt, eigentlich aus Kalkül, weil sie dann billig arbeiten. Wenn du unten einen Satz an Leuten hast, die rechtlos sind, die Angst haben vor der Ausweisung, dann kannst Du mit denen eigentlich fast alles machen. Das ist etwas, das mir total gegen den Strich geht.

S: Du bist ja nicht nur bei den Sans-Papiers, sondern auch beim Ausschaffungsgefängnis Bässlergut sehr engagiert.

H: Ich bin nahe bei den Leuten, die im

Bässlergut Gefangenenbesuche machen, und erfahre, was dort läuft. Das haben wir wohl alle drei: Wir engagieren uns gegen Ungerechtigkeiten und möchten eine bessere, gerechtere Gesellschaft haben.

Aber mir ist bei dir, Patrizia, aufgefallen, dass wir zum VCS noch überhaupt nichts gesagt haben. Du bist ja auch Verkehrsfachfrau und unsere Vertretung im VCS-Schweiz.

P: Ja, ich bin nicht nur auf der regionalen Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene aktiv. Ich versuche, diese Themen wieder auf die regionale Ebene herunterzubrechen. Mir ist vor allem wichtig, dass die ökologischen und sozialen Anliegen zusammen gebracht werden.

H: Und du, Sibel, mit dem Ausländerstimmrecht, da bist du ja auch sehr aktiv.

S: Vor einem halben Jahr haben wir die Initiative für ein Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen auf kantonaler Ebene lanciert. Und auf der Schweizer Ebene mache ich seit der Gründung von „Second@s Plus“ im Vorstand mit. Es ist sinnvoll, wenn man sich in der ganzen Schweiz vernetzt und dann wichtige Themen aufnehmen und in Basel vorantreiben kann.

Wie ist das bei dir, Heidi?

H: Ich bin Quartierpolitikerin. Da trifft sich mein Engagement wieder mit demjenigen von Patrizia, zum Beispiel bei der Tramverlängerung nach Weil und den ganzen Verkehrsfragen in Kleinhüningen. National mache ich also weniger, aber in Kleinhüningen habe ich das Gefühl, dass ich in den letzten Jahren recht viel erreicht habe.

Leila Straumann interviewt Karin Haerberli

Leila Straumann ist Leiterin des Gleichstellungsbüros Basel-Stadt

LS: Wie bist du in die Politik gekommen?

KH: Als Grossrätin kandidiert habe ich erstmals im Herbst 2000 – als Mitglied der Frauenliste. Nach Auflösung der Frauenliste bin ich BastA! beigetreten, weil meine „Herzenthemen“ - Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, Nationalitäten und sozialen Schichten – bei BastA! am besten aufgehoben sind. Genderfragen und Chancengleichheit interessieren mich seit langem, sowohl in meiner Arbeit als auch ehrenamtlich: Während 12 Jahren habe ich beim SAH (Schweiz. Arbeiterhilfswerk) Flüchtlinge begleitet und Integrationsprojekte für Migrantinnen konzipiert und geleitet. Seit 2000 bin ich Co-Leiterin von Halt-Gewalt, der kantonalen Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, während 9 Jahren war ich Mitglied des Frauenrats BS, davon 3 Jahre als Co-Präsidentin, ich bin im Vorstand der Anlaufstelle für Sans-Papiers und als VPOD-Mitglied ist bei mir der Erhalt des Service Public im Fokus.

LS: Wofür engagierst du dich politisch und weshalb?

KH: Die Frauenliste hatte das staatliche Handeln aus der Genderperspektive analysiert und danach gehandelt. Diesem Grundsatz bleibe ich weiterhin treu. Letztlich geht es mir um Menschenrechte. So lange Frauen oder andere Bevölkerungsgruppen nicht die gleichen Rechte und Chancen haben, will ich mich für die Verbesserung dieser Situation einsetzen. Diese Werte habe ich von meinen Eltern, Verwandten und Freunden für meinen Le-

bensweg mitbekommen.

LS: Was waren deine Highlight in den letzten 4 Jahren Grosser Rat?

KH: Mein Vorstoss zur Verbesserung der Situation von Sans-Papiers wurde trotz anderer Empfehlung des Regierungsrates vom Parlament stehen gelassen. Nun muss sich die Verwaltung weiterhin diesem Thema annehmen. Vielleicht stehen die Chancen besser, da nun Christoph Blocher nicht mehr in Bern waltet.

LS: Was sind deine persönlichen politischen Ziele für die nächste Amtsperiode?

KH: Es braucht mehr Frauen im Parlament und in der Politik. Ich würde mich

gerne dafür einsetzen, dass Frauen, auch über die Parteigrenzen hinweg, zusammenarbeiten und sich für mehr Chancengleichheit einsetzen. Konkret will ich mich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen einsetzen. Gerade in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit arbeiten vorwiegend Frauen, manchmal mit einem relativ schlechten Lohn. Männer stossen vor allem auf Widerstand, wenn sie aufgrund von Erziehungsaufgaben Teilzeit arbeiten möchten. Hier, denke ich, braucht es dringend mehr Teilzeitstellen für Männer und Frauen und zwar auf allen Ebenen der Hierarchie.



Leila Straumann (links) und Karin Haerberli Leugger. Karin ist Leiterin der Fachstelle Halt-Gewalt, Mitglied beim vpod und im Vorstand der Anlaufstelle Sans-Papiers. Sie kandidiert im Wahlkreis Grossbasel Ost.

Ein Grossratstag aus Loretta Müllers Sicht

Viertel vor neun: Velo im Rathaushof parkieren, abschliessen -Treppe hoch -Tasche mit Fussballutensilien deponieren – Unterlagen im Ratsaal an den Platz bringen – und das wichtigste: im Vorzimmer einen Laptopplatz ergattern. Im Vorzimmer herrscht ein emsiges Treiben, chatten, spielen, arbeiten und politische Aktivitäten einfüdeln beherrschen den Alltag.

Um Neun mit der Zeitung im Grossratsaal Platz nehmen und beim Namensaufruf bei meinem Namen „Ja“, „Jo“ oder „Jä“ rufen. Danach geht es los: Mitteilungen der Präsidentin, Genehmigung der Tagesordnung, Entgegennahme der neuen Geschäfte, Bestätigung von Bürgeraufnahmen, dann ev. Wahlen von Kommissionsmitgliedern (da ist eigentlich immer alles schon abgesprochen) und dann kommen die eigentlichen Geschäfte. Die Debatten dazu sind meist unspektakulär, da die Meinungen schon vorher gemacht wurden und auch im „Chrüzlistich“ (Tabelle mit Traktanden und dem vorgesehenen Abstimmungsverhalten der Fraktionen) festgehalten sind. Aber natürlich gibt es immer auch



Loretta Müller, MSc ETH, Jahrgang 1982, ist Doktorandin, Umweltwissenschaftlerin, Fussballerin bei Concordia NLA, und aktives Mitglied im jungen grünen bündnis. Sie kandidiert im Wahlkreis Kleinbasel.

wieder Ausnahmen, auch ich habe schon solche erlebt: z.B. die Debatte um das Integrationsgesetz mit dem im letzten Moment zustande gekommenen Kompromiss oder

die Debatte um die Revision des Feuerwehrgesetzes, das am Schluss dann an die Regierung zurückgewiesen wurde. Besondere Aufmerksamkeit wird von mir verlangt, wenn ein mir zugeteiltes Geschäft (z.B. Fraktionsvotum mit kritischen Worten zur Euro08, zur Verbesserung des Datenschutzes oder zur Realisierung einer klimaneutralen Verwaltung), ein Bericht der von mir präsierten Petitionskommission oder gar ein eigenes Geschäft an der Reihe ist (z.B. Planungsantrag zur Förderung von Sportvereinen, Motion zur Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 16, Interpellation zu Sonnenenergie oder auch Interpellation „Nackt auf dem Polizeiposten“). Dann gilt es, den Argumenten zu lauschen und darauf zu reagieren. Meiner Meinung nach aber wird am meisten Politik in der Kommissionsarbeit gemacht. Dort ist die Zeit für vertiefte Diskussionen - oft auch quer über Parteigrenzen hinweg - vorhanden und es geht darum, sozialverträgliche, gerechte und umweltschonende Lösungen zu vertreten und einzubringen.

Loretta Müller

Wir machen Basel

jgb

Aus der Überzeugung, dass wir als junge Leute die Verantwortung für die Zukunft unserer Welt mittragen, engagiert sich das junge grüne bündnis politisch. Mit knackigen Aktionen, starken Vorstössen und frischen Ideen sorgen wir für Aufsehen.

• Wir zeichnen neue Velowege • Die Velonutzung geht zurück, vor allem unter Jugendlichen. Dagegen setzen wir uns ein. Wir wollen günstige Voraussetzungen für den mit Muskelkraft angetriebenen Verkehr schaffen.

Je öfter «langsame» Verkehrsmittel anstelle des Autos gewählt werden, desto attraktiver wird die Stadt Basel, desto fitter werden die Verkehrsteilnehmenden und desto cooler bleibt das Klima. Dafür zeichnen wir neue Wege!

• Wir schaffen jugendkulturellen Raum • Das jgb will neue Perspektiven für die Jugend. Junge Leute brauchen Raum und Möglichkeiten, um ein eigenes Profil zu entwickeln.

Das junge grüne bündnis fordert des-

halb eine Kulturpolitik, in der die Jugend ihre Freiheiten wahrnehmen kann. Eine Kulturpolitik, die keine Almosen verteilt, sondern Auseinandersetzungen mit Kulturen und Ideologien fördert. Wir setzen uns für mehr Alternativkultur ein. Wir stehen ein für eine offene, farbenfrohe, abwechslungsreiche und kritische Kulturpolitik.

• Wir geben jungen Baslerinnen* eine Stimme • Die Schweiz lebt von der direkten Demokratie und der aktiven Bevölkerung. Damit Entscheide demokratisch sind, müssen sie von einer möglichst grossen demokratischen Basis gefällt werden. Es ist an der Zeit, den 16- bis 18-jährigen Baslerinnen* das aktive Stimm- und Wahlrecht zu geben. Diese Altersgruppe ist politisch reif und hat das Recht, über ihre Zu-

kunft mitzubestimmen. Migrantinnen* mit einer C-Aufenthaltsbewilligung sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und sollen ihr politisches Lebensumfeld aktiv mitgestalten können.

* Die weibliche Form schliesst die männliche ein.

www.jungesgruenesbuendnis.ch



Für eine «grüne» Stadt

Regierungsratswahlen

Urban ist wieder in, die Menschen entdecken die Stadt neu. Die Stadt muss für sie da sein und ihnen sozial, wirtschaftlich und ökologisch eine Perspektive eröffnen

• Das ist unsere Vision einer «grünen» Stadt • Basel ist das Zentrum einer Agglomeration von 1,3 Mio. EinwohnerInnen. Es ist eine Stadt in drei Ländern. Basel schafft für die ganze Einwohnerschaft, auch für Bohémiens, für Jugendliche und Junggebliebene, für Expatriates und alle Zuzugewanderten eine positive, weltoffene und wohnliche Lebensperspektive. Als gesellschaftliches «Labor» können wir in dieser Stadt nachhaltige Zukunftsentwürfe erproben; zusammen mit unserer Universität, dem Theater, den Museen, der Wirtschaft.

Auf der gemeinsamen Liste von SP, Grünen und BastA! kandidieren für den Regierungsrat neben Guy Morin Eva Herzog (SP), Christoph Brutschin (SP) und Hans-Peter Wessels (SP).

An diesem Projekt einer grünen Stadt haben wir mit Eva Herzog, Barbara Schneider und Ralph Lewin zu arbeiten begonnen. Dieses Projekt will ich zusammen mit Eva Herzog, Christoph Brutschin

**«Die Menschen, nicht die Häuser, machen die Stadt.»
Perikles (490–429 v. Chr.)**

und Hans-Peter Wessels weiterführen und vertiefen. In vier Jahren haben wir schon einiges bewegt. In der nächsten Legislatur soll die grüne Stadt unverwechselbare Konturen bekommen.

Die Attraktivität und ökologische Qualität unseres Lebensraumes wollen wir durch die «Grande Camargue Rhénane», einen Auenpark von Riehen bis Kembs, und durch den Ausbau des Tramnetzes und der S-Bahn-Linien entlang der bestehenden Siedlungsachsen grundlegend verbessern. Basel soll wieder Umweltstadt Nr. 1 werden. Realisieren wollen wir: Minerogie-



P-Standard für Neubauten, ein Umweltschutz-Abo für die ganze trinationale Region, staatliche Investitionen und Investitionsbeihilfen für Gebäudesanierungen, eine klare ökologische Mobilitätsstrategie der Verwaltung, atomstromfreie und auf erneuerbare Energien setzende IWB.

• Wir sind aber auch eine offene Stadt • Freiheit und Respekt zählen mehr als Verbote und Intoleranz. Die ganze Bevölkerung soll sich an der Gestaltung eines gemeinsamen Lebens(t)raumes aktiv beteiligen können. Bei uns muss es keine Verlierer geben. Mitwirkung ist uns wichtiger als Bürokratie.

• Schliesslich sind wir eine Kulturstadt • Kultur, Museen, Theater und Musik sind auch ein wichtiger Standortfaktor. Neben den klassischen Kulturinstitutionen soll es Platz und Ressourcen für Experimente von Newcomern und für die Jugend generell haben.

Guy Morin

Wahlen Zivilgerichtspräsidium

Am 18. Oktober wählen wir ein neues Zivilgerichtspräsidium. Dr. iur. Elisabeth Braun, Mitglied der Grünen, ist die gemeinsame Kandidatin von Grünen, SP und BastA! Sie stellt sich im folgenden Text vor.

Ich stamme aus der Ostschweiz und machte nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit eine Ausbildung als Arztgehilfin. Nebst der beruflichen Tätigkeit absolvierte ich auf dem zweiten Bildungsweg die Matura und anschliessend studierte ich an der Universität Basel Rechtswissenschaften, promovierte dann im öffentlichen Recht und absolvierte später ein betriebswirtschaftliches Nachdiplomstudium in Non profit-Management.

Während der Studienzeit arbeitete ich zuerst im Sanitätsdepartement Basel-Stadt, anschliessend in einem Beratungsbüro. Nach Abschluss des Studiums wechselte ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin ins Bundesamt für Justiz. Ich bearbeitete Fragen der Gesetzgebung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie, Berufsbil-

dung und Fachhochschulen. Seit vier Jahren bin ich Leiterin der Abteilung Rechtsdienst und Rückerstattung in der Sozialhilfe der Stadt Basel.

Nebst der beruflichen Tätigkeit bin ich seit fünf Jahren ordentliche Richterin am Zivilgericht.

Ich habe einen reichen Erfahrungshintergrund, der bei der Tätigkeit am Gericht von hohem Nutzen ist. Meine Fähigkeit, mich rasch in neue Fragestellungen einzuarbeiten, meine Kreativität und mein lösungsorientiertes Denken sind am Gericht gefragt. Dies gilt ebenso für meine Hartnäckigkeit und die Klarheit im Denken und Handeln.

Elisabeth Braun





Grundrechte verteidigen

Wofür wir einstehen

Verspürst du Lust, politisch aktiv zu werden? Möchtest du gerne die Politik einer links-grünen Gruppierung mitgestalten? Dann bist du bei Basta! jederzeit willkommen. Doch auch wenn du nicht viel Zeit für Sitzungen und andere Aktivitäten hast, ist deine Mitgliedschaft uns Zeichen dafür, dass unsere politische Arbeit unterstützt und geschätzt wird. Informationen über unsere Aktivitäten und unsere inhaltlichen Schwerpunkte findest du auf unserer Website unter www.basta-bs.ch, oder du kannst mit unten stehendem Talon Unterlagen zu Basta! anfordern. Für Fragen oder Anregungen kannst du dich an den Sekretär Martin Flückiger wenden. Tel. 061 691 16 31. Die Mail-Adresse lautet: sekretariat@basta-bs.ch.

- Ich interessiere mich für Basta! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von Basta! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten Basta!-Versand.
- Ich will Mitglied von Basta! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.-
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
Basta!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Grundrechte spielen im demokratischen Rechtsstaat eine enorm wichtige Rolle. Sie schützen das Individuum vor Willkür durch die Staatsgewalt und garantieren Mindeststandards, die jedem einzelnen Menschen zustehen, egal, ob er reich oder arm, schwarz oder weiss, Muslim oder Christ ist. Nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen dürfen Grundrechte relativiert werden, etwa zum Schutz von Grundrechten Dritter.

In letzter Zeit beobachten wir auch bei uns eine schleichende Aushöhlung von Grundrechten. In einigen Städten werden zum Beispiel Personen aus dem öffentlichen Raum weggewiesen, weil sie aus Sicht der Behörden nicht ins Stadtbild passen. Wenn „City-Pflege“ als Vorwand genügt, wichtige Grundrechte ausser Kraft zu setzen, ist das äusserst bedenklich.

In Basel wurden kürzlich junge Menschen von der Polizei festgenommen auf den blossen Verdacht hin, sie könnten sich zu einer nicht bewilligten Demonstration gegen das WEF formieren. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie leichtfertig sich der Staat neuerdings über Grundrechte hinwegsetzt.

Zu den Grundrechten zählt auch der Schutz personenbezogener Daten. Im Jahr 1989 löste die sogenannte Fichenaffaire in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung aus. Heute werden wieder hemmungslos Daten unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gesammelt. Tausende von Videokameras überwachen fast jeden unserer Schritte. Im Internet hinterlassen wir unzählige Spuren. Der „gläserne Mensch“ droht Wirklichkeit zu werden.

Wo Grundrechte zurückgedrängt wer-

den, macht sich der Staat breit. Gesellschaftliche Probleme werden an die Staatsgewalt delegiert. Mit ausufernden Verboten wird etwa gegen das Rauschtrinken der Jugend, gegen Littering oder gegen die Bettelei vorgegangen. Als ob Verbote einen Menschen umerziehen könnten!

Für das Grüne Bündnis hat die Verteidigung der Grundrechte höchste Priorität, denn letztlich geht es dabei um die Würde des Menschen, um den aufrechten Gang.

Redaktion Wahlzeitung



Veranstaltungen

Venezuela, Chavez und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Anfang Juli waren Rita Schiavi und Hans Schäppi drei Wochen in Venezuela. Sie haben viele interessante Gespräche geführt mit GewerkschafterInnen, AktivistInnen und VertreterInnen staatlicher Institutionen.

Am **Freitag, 22. August**, berichten Rita und Hans über ihre Eindrücke.

16.30 Uhr, Sitzungszimmer Unia, Gewerkschaftshaus, 3. Stock.

Impressum: Nr. 3/August 2008. Herausgeber: Förderverein Basta!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel